

Trump, Jerusalem und die Palästinenser

Am kürzeren Hebel

Von Frauke Wolter



Sie haben ihn alle gewarnt, keine rote Linie zu überschreiten. Doch Donald Trump hat sich nun für die Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels ausgesprochen. Damit trifft der US-Präsident direkt den Nerv des Nahostkonflikts. Der Status dieser Stadt ist eine der zentralen Fragen des Friedensprozesses. Beide Seiten, die Israelis wie die Palästinenser, beanspruchen – auch aus religiösen Gründen – Jerusalem als ihre Hauptstadt. Wie geht es jetzt weiter? Trump stelle sich nicht gegen eine Zwei-Staaten-Lösung, heißt es aus Washington. Gleichwohl aber provoziert er Zorn und Enttäuschung bei den Palästinensern. Und das in einer Zeit, in der das Verhältnis zwischen den Konfliktparteien äußerst angespannt ist.

Man mag in seiner Sympathie gespalten sein; niemand möchte, dass seine Bevölkerung durch permanente Terrorattacken in Angst und Schrecken versetzt und verletzt wird. Israel hat durch seine rigide Abschottung und Kontrolle der Palästinenser auch erreicht, dass die Zahl der islamistischen Anschläge auf seinem Staatsgebiet reduziert wurde. Und vielleicht muss man wieder einmal offen darüber nachdenken, ob ein Rückkehrrecht der Palästinenser 70 Jahre nach der Vertreibung durch Israel tatsächlich noch die beste Lösung für die Menschen ist. Doch unabhängig davon sitzen die Palästinenser einfach stets am kürzeren Hebel: politisch, ökonomisch und persönlich.

So jährt sich 2018 der Beginn des Osloer Friedensprozesses zum 25. Mal. Und viele Palästinenser müssen erkennen, dass sich für sie seither wenig bewegt hat. Man hatte ihnen Perspektiven versprochen, die Zwei-Staaten-Lösung in Aussicht gestellt, wenn sie Ruhe bewahren, wenn sie den Dialog suchen mit der verhassten Besatzungsmacht. Israel aber ignoriert internationales Recht und macht sich palästinensisches Gebiet im besetzten Westjordanland zu eigen. Mehr als 600 000 Siedler haben sich be-

reits dort niedergelassen, beschützt von Israels Armee, unterstützt von einer Gesetzgebung, die selbst illegale Außenposten legalisiert. Ein Staat Palästina wäre ein Flickwerk und würde heute gerade noch 22 Prozent des Ursprungsgebietes umfassen. Israel schafft Fakten – während viele Palästinenser stundenlang an Checkpoints anstehen und selbst auf „ihrem“ Land kein Haus bauen dürfen.

Diese Ungerechtigkeit schreit zum Himmel. Und sie bestürzt auch deswegen, weil die Fronten inzwischen so verhärtet sind, dass ein Aufeinanderzugehen kaum noch möglich ist. Beide Seiten misstrauen einander zutiefst. Es sieht so aus, als gäbe es keine Anerkennung des anderen; auch die Friedensbewegung spielt kaum noch eine Rolle.

Eine Ein-Staaten-Lösung, wie sie manchmal diskutiert wird, ist angesichts dessen ebenfalls undenkbar. Aber auch die palästinensische Führung hat Schuld auf sich geladen: Verknöchert, korrupt, repressiv und seit Jahren durch keine Wahl legitimiert, hat sie es versäumt, für ihre Bevölkerung

einzutreten. Die benachbarten „arabischen Brüder“ haben die Palästinenser auch nur benutzt; integriert und mit Rechten ausgestattet haben sie die Flüchtlinge in ihren Ländern nicht.

Die Lage scheint aussichtslos. Und sie könnte eskalieren. Schon heute tummeln sich in Gaza Salafisten und Dschihadisten, die nur auf die Gelegenheit warten, die Region weiter zu destabilisieren. Und auch die jüdische Gesellschaft radikalisiert sich, wird religiöser, nationalistischer. Die UNO, die sich seit 70 Jahren um palästinensische Flüchtlinge kümmert, schlägt Alarm und fordert mehr multilaterales Engagement. Denn humanitäre Hilfe allein löst keine Konflikte. Doch bislang schien die Welt abzuwarten. Jemen, Syrien, Irak – andere, schlimmere Krisen haben die Aufmerksamkeit abgezogen. Das könnte sich mit Trumps Ansage ändern. Ob das den Konflikt entspannen hilft, ist aber fraglich.

► wolter@badische-zeitung.de

Israel schafft Fakten, während die Palästinenser warten
